

Positionen der Alternative für Deutschland, AfD, zu den Folgen der Corona-Krise

Die Fakten:

1. Sars-CoV-2 ist ein infektiöses Virus, das nur selten Erkrankungen verursacht. Nach aktuellen Studien sind bis zu 95% der „positiv getesteten“ Menschen vollkommen symptomfrei. Viele weitere berichten über lediglich grippale Symptome.
Nur wenige müssen stationär behandelt werden und jeder vierte davon intensivmedizinisch. Die Verzehnfachung der Tests (5 Millionen Tests pro Monat) hat die „Fallzahlen“ steigen lassen. Die Dunkelziffer schätzt die WHO weltweit auf das 17-fache der offiziellen Zahlen. Die Sterberate „in Zusammenhang MIT Corona“ (nicht AN Corona) liegt laut WHO rechnerisch im Durchschnitt bei 0,23%.
Diese äußerst niedrige Sterberate ist laut WHO mit derjenigen der gewöhnlichen saisonalen Grippe *vergleichbar*.
Das Alter der „in Zusammenhang MIT Corona“ Verstorbenen liegt bei durchschnittlich 81 Jahren. (Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) vom 02.07.2020)
Schwere Vorerkrankungen bestanden bei 98% der Verstorbenen.
Die durchschnittliche Lebenserwartung lag 2017 in Deutschland ebenfalls bei 81 Jahren.
2. Kinder und Jugendliche sind von Covid-19 seltener als von der Grippe betroffen. Die Covid-19-Erkrankung verläuft, wenn überhaupt, mit sehr milden Symptomen.
Schwere Verläufe sind extreme Ausnahmen. Kinder sind nach wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht Treiber des Infektionsgeschehens.

Die Unverhältnismäßigkeit der Anti-Corona-Maßnahmen:

Die Zahl der Menschen, die infolge der „lock-downs“ und Kontaktbeschränkungen unter Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, dem Verlust ihrer Existenz, Depressionen und häuslicher Gewalt leiden, hat massiv zugenommen.

Laut UN sind 1,6 Milliarden Menschen auf der ganzen Welt unmittelbar gefährdet, ihre Existenzgrundlage zu verlieren. In Deutschland haben bereits 600.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren und weitere 4 Millionen Kurzarbeiter bangen um ihren Arbeitsplatz. Tausende Betriebe und selbständige Unternehmer sind durch die Anti-Corona-Maßnahmen in wirtschaftliche Schieflage geraten.

Die Kosten der Lockdowns belaufen sich bis zum Herbst 2020 allein für Deutschland auf über eine Billion (1.300 Milliarden) Euro.

Eine zunehmende Anzahl von Bürgern empfinden die Belastungen und Einschränkungen der Anti-Corona-Maßnahmen zudem als Bedrohung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und als unverhältnismäßige Bevormundung.

Die Bundesregierung hat sich mit ihrer Politik in einer Sackgasse verfahren, aus der sie offensichtlich nicht mehr herausfindet.

Der Lösungsweg der AfD:

Alle Fakten zu Covid-19 sind für die Bevölkerung sachlich nachvollziehbar zu veröffentlichen und zu kommunizieren. Die Verunsicherung der Bürger mit politisch motivierten verzerrten Darstellungen von statistischen Daten muss beendet werden. Die Bevölkerung muss über das vorhandene bzw. nicht vorhandene Risiko sachlich aufgeklärt werden, um den Bürgern sowohl eigenverantwortliche und sinnvolle Vorsichtsmaßnahmen zu ermöglichen, als auch um unnötige Panik zu vermeiden und gesellschaftliches Leben zu ermöglichen.

Die Anti-Corona-Maßnahmen müssen auf einen angemessenen Umfang begrenzt werden. Es gilt, schwere Krankheitsverläufe effektiv zu mindern ohne weitere soziale und wirtschaftliche Schäden zu verursachen.

Zur Wiederherstellung der Normalität empfehlen wir:

1. **Allgemeine Abstandsregeln, Hygienemaßnahmen und das Tragen von Masken** (AHA-Regeln) sollten zunächst situationsgerecht bestehen bleiben.
2. **Einschränkungen**, wie Ausgangssperren, Kontaktverbote und Schließungen von Unternehmen, Kultur-, Verwaltungs- und Sporteinrichtungen („Lockdowns“) werden aufgehoben.
Der normale Präsenzbetrieb in Kitas, Schulen und Hochschulen wird wieder in Gang gesetzt. Private und öffentliche Großveranstaltungen ab 100 Personen sind anzumelden und unter Kontrolle der AHA-Regeln und der Vorlage eines Hygienekonzeptes zu ermöglichen.
3. **Verbesserter Schutz für Risikogruppen** durch:
 - verpflichtende FFP2-Masken für medizinisches und betreuendes Personal (einschließlich Reinigungskräften), sowie Besucher.
 - grundsätzlich ist bei Besuchern in medizinischen und betreuenden Einrichtungen ein Schnelltest vor Zutritt durchzuführen.
 - kontrollierte Hygienemaßnahmen für medizinisches und betreuendes Personal (einschließlich Reinigungskräfte) sowie Besucher.
 - Die Kontaktpersonennachverfolgung wird nach den Kriterien Bezug zu medizinisch/pflegerischen Einrichtungen und Teilnahme der Kontaktperson an potenziellen „Super-Spreader-Events“ priorisiert.
4. Qualitätsmanagement der Testungen: Sowohl molekularbiologisch als auch statistisch.
Gezielte und hochspezifische stichprobenartige Testungen in repräsentativen Patientengruppen als Monitoring um einen Überblick über das Infektionsgeschehen zu haben. Verzicht auf Massentestungen, deren Qualität nicht sichergestellt werden kann und durch die falsch-positive Ergebnisse entstehen könnten, welche dann ungerechtfertigte grundrechtseinschränkende Maßnahmen (wie z.B. Quarantäne) nach sich ziehen würden.
5. **Einführung eines Ampelsystems** auf Landkreisebene, das auf tatsächlich symptomatischen Erkrankungszahlen, der Krankenhausbelegung und den Intensivkapazitäten basiert.
6. **Einrichtung einer ständigen Epidemie Kommission** (STEPKO). Sie soll eine realistische Lageeinschätzung ermöglichen und entsprechende Handlungsempfehlungen für die

Regierungen von Bund und Ländern erarbeiten. Die ständige Epidemie Kommission muss u.a. Experten aus Medizin, Recht, Ethik, Psychologie, Soziologie und Volkswirtschaft enthalten.

7. **Anpassung von Reisewarnungen** nach tatsächlichem Infektionsgeschehen der Region.

8. **Ablehnung einer Impfpflicht.**

Die individuelle ärztliche Beratung des Einzelnen kann nicht durch eine allgemeine behördliche Impfpflicht ersetzt werden.

9. Rascher **Aufbau einer Schutzimmunität** („Herdenimmunität“) in der Bevölkerung durch die Selbstimmunisierung der Nicht-Risikogruppen, um dadurch die Risikogruppen zu schützen und zur Normalität zurückkehren zu können.

10. Einführung eines gestuften Pandemie-Rastermanagements, bestehend z. B. aus den oben aufgeführten Punkten.

11. Ausreichende Bevorratung an Notfallmedikation für die Bevölkerung.

Für den BFA-Gesundheitspolitik

Carsten Ubbelohde